

Nr. 19/851

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BIW:
„Erneute Entlassung von Untersuchungshäftlingen – Justizsenator Günthner, übernehmen Sie endlich Verantwortung!“;
2. auf Antrag der Abgeordneten Dr. Maïke Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Abgeordneten Björn Tschöpe und Fraktion der SPD:
"Glyphosat aus dem Verkehr ziehen: Einsatz in Bremen und bundesweit verbieten!"

Nr. 19/852

Nationaler Ausstieg aus der Glyphosat-Anwendung

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 6. Dezember 2017
(Drucksache [19/1440](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. darauf hinzuwirken, dass die Bremer Straßenbahn AG künftig auf den Einsatz von Glyphosat verzichtet.
2. sich auf Bundesebene
 - für ein nationales Verbot von glyphosathaltigen Herbiziden,
 - für eine Reform der Zulassungsverfahren nach dem Vorsorgeprinzip und
 - für ein bundesweites Insektenmonitoring einzusetzen.
3. alle landesrechtlichen Spielräume – ähnlich wie in Niedersachsen – zu nutzen, damit keine weiteren Genehmigungen für den Einsatz von glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln und sonstiger krebserregender Wirkstoffe auf Nichtkulturland gemäß § 12 Absatz 2 Satz 3 des Pflanzenschutzgesetzes mehr erteilt werden.

Nr. 19/853

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 4. Dezember 2017

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Unverhältnismäßige Strafverfolgung bei Beförderungserschleichung vermeiden

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 20. Juni 2017
(Drucksache [19/1130](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss.

2. Einsetzung einer Sonderkommission Brandschutz

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 20. Juni 2017
(Drucksache [19/1131](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

3. Attraktivierung der gemeinnützigen Vereinsarbeit durch Verbesserungen im Steuerrecht und Optimierung der Verwaltungsaufgaben

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 5. Oktober 2017
(Drucksache [19/1258](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. zu prüfen, ob es Optimierungsmöglichkeiten gibt, um die Ehrenamtlichen in den gemeinnützigen Vereinen im steuerlichen Bereich von Aufgaben zu entlasten bzw. zu unterstützen, und dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss binnen drei Monaten ab Beschlussfassung hierüber zu berichten,
 2. sich auf Bundesebene für eine Anhebung der Freigrenze nach § 64 Absatz 3 der Abgabenordnung um 5 000 € auf 40 000 € einzusetzen.
4. Hebammenvermittlungsstellen zur besseren Versorgung und Vernetzung einrichten!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 7. November 2017
(Drucksache [19/1289](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich für die Einrichtung sogenannter Hebammenvermittlungsstellen im Land Bremen einzusetzen und dafür gemeinsam mit den Gesundheitsämtern der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven sowie unter beratender Beteiligung praxiserfahrener Akteure der Hebammenversorgung und der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände, ein Konzept zu erarbeiten, welches insbesondere folgende Punkte berücksichtigt:

- a) Erarbeitung einer Strategie und eines Zeitplans zum Aufbau von mindestens zwei Hebammenvermittlungsstellen im Land Bremen, welche einerseits ein persönliches Beratungsangebot und andererseits eine digitale Plattform bereitstellen.
- b) Prüfung verfügbarer Räumlichkeiten in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven und mögliche Bereitstellung durch das Land. Hierbei gegebenenfalls Priorisierung nach Quartieren, in denen aktuell und zukünftig besonderer Bedarf an Hebammenversorgung besteht.
- c) Suche nach geeigneten Kooperationspartnern aus dem Bereich praxiserfahrener Akteure der Hebammenversorgung, der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und Unternehmen aus dem Bereich der Personal- und Verwaltungsdienstleistungen zum Betrieb der Vermittlungsstellen.

- d) Prüfung und Zusammenfassung, welche bestehenden Angebote mit Blick auf die Vermeidung von Doppelstrukturen gegebenenfalls in die Hebammenvermittlungsstellen integriert werden können.
 - e) Erarbeitung und Umsetzung einer Digitalstrategie für die Hebammenvermittlungsstellen, die die angebotenen Leistungen der Hebammen erfasst und nach fachlicher Ausrichtung, Sprache, Wohn- und Behandlungsort sowie Verfügbarkeit systematisiert. Berücksichtigung der Möglichkeit der selbstständigen Pflege und Aktualisierung der Daten durch die Hebammen selbst.
 - f) Prüfung und Darlegung der Anschubfinanzierung für die Ersteinrichtung der Hebammenvermittlungsstelle durch das Land Bremen.
 - g) Prüfung und Darlegung einer gemeinsamen Finanzierung der Vermittlungsstellen mit den Krankenkassen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz sowie die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration an der Erarbeitung des oben genannten Konzepts zu beteiligen und der Bürgerschaft (Landtag) das Konzept bis spätestens 30. Juni 2018 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.
5. Gesetz zur Änderung des Bremischen Abgeordnetengesetzes
 Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 13. November 2017
 (Drucksache [19/1368](#))
 1. Lesung
 2. Lesung
- Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Nr. 19/854

Fragestunde

1. Verfahrenseinstellungen durch die Staatsanwaltschaft
 Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Jan Timke und Gruppe BIW vom 2. November 2017
2. Obdachlose im Land Bremen
 Anfrage der Abgeordneten Piet Leidreiter, Jan Timke und Gruppe BIW vom 2. November 2017
3. Weiterbildung zum Erzieher – Fachkräftemangel durch Weiterbildung von Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger auch in privaten Einrichtungen mildern
 Anfrage der Abgeordneten Julie Kohlrausch, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 2. November 2017
4. Wann wird die Lehrverpflichtungsverordnung an die modernen Lehrformen angepasst?
 Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 2. November 2017

5. Arbeitsplatzsicherheit nach der Exzellenzförderung
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 2. November 2017
6. Übergangswohnheime im Bremer Westen für studentisches Wohnen umnutzen?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Henrike Müller, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2. November 2017
7. Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung von Lehrkräften an Schulen in sozialen Brennpunkten in Bremen und Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Dr. Matthias Güldner, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2. November 2017
8. Anwendung des Baugebots nach § 176 Baugesetzbuch
Anfrage der Abgeordneten Jürgen Pohlmann, Antje Grotheer, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 6. November 2017
9. Was kostet Bremen der Streit mit der DFL?
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 7. November 2017
10. Unbearbeitete Aktenberge bei der Polizei Bremen
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 7. November 2017
11. Regeln für die Einstellung von Landesbeamten
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 7. November 2017
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
12. Neue synthetische Drogen in Bremen
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 7. November 2017
13. Umsetzung von Bundesrecht bezüglich des Aufenthaltsgesetzes
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 7. November 2017
14. Digital Hub Initiative des Bundes
Anfrage der Abgeordneten Jörg Kastendiek, Susanne Grobien, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 8. November 2017
15. Lehramtsstudierende aus Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Dr. Henrike Müller, Dr. Matthias Güldner, Björn Fecker, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. November 2017
16. Umgang mit wohnungslosen Wiederholungstätern
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Björn Fecker, Dr. Henrike Müller, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 9. November 2017
17. Unschuld in Haft – sind die Haftentschädigungen und Rehabilitationsmaßnahmen noch zeitgemäß?
Anfrage der Abgeordneten Peter Zenner, Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 9. November 2017
18. Öffentlichkeitsfahndungen der Polizei – zweiter Versuch!
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BIW vom 24. November 2017

19. Gibt es in Bremen Anzeigen wegen Verletzung der Unterhaltspflicht?
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 28. November 2017
20. Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu Telefonkosten in der Justizvollzugsanstalt
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. November 2017
21. Neue Ausbildungsverträge 2017 im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 30. November 2017

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 19/855

Bremen für eine atomwaffenfreie Welt!

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 5. Dezember 2017
(Drucksache [19/1436](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) für ihre Arbeit, Aufmerksamkeit auf die katastrophalen humanitären Konsequenzen von Atomwaffen zu lenken und für ihre bahnbrechenden Bemühungen, ein vertragliches Verbot solcher Waffen zu erreichen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) teilt die Ziele der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen und strebt eine Welt ohne Atomwaffen an.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene für eine deutsche Unterzeichnung und Ratifizierung des UN-Vertrages über das Verbot von Kernwaffen einzusetzen.

Nr. 19/856

Drittes Gesetz zur Änderung des Landesmindestlohngesetzes

Mitteilung des Senats vom 12. September 2017
(Drucksache [19/1225](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 19/857

Gesetz zur Änderung des Tariftreue- und Vergabegesetzes

Mitteilung des Senats vom 12. September 2017
(Drucksache [19/1226](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 19/858

Gesetz zur Änderung des Bremischen Landesstraßengesetzes

Mitteilung des Senats vom 14. November 2017

(Drucksache [19/1377](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 19/859

Abschiebestopp für die Wintermonate

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 21. November 2017

(Drucksache [19/1407](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/860

Perspektiven junger Männer mit Migrationshintergrund in Bremen und Bremerhaven

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 13. Juni 2017

(Drucksache [19/1115](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 1. August 2017

(Drucksache [19/1163](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/861

Gewalt und Sexualdelikte gegen Kinder und Frauen

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 14. Juni 2017

(Drucksache [19/1118](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. August 2017

(Drucksache [19/1184](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/862

Bremisches Wohn- und Betreuungsgesetz

Mitteilung des Senats vom 24. Oktober 2017

(Drucksache [19/1273](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 19/863

Social Media in der Schule angeleitet fördern – Leitfaden und Unterstützung sicherstellen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 7. März 2017
(Drucksache [19/964](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/864

Social Media in der Schule angeleitet fördern – Leitfaden und Unterstützung sicherstellen

Bericht der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung
vom 24. Juli 2017
(Drucksache [19/1149](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung Kenntnis.

Nr. 19/865

DGE-Standards in Schulen in Bremen und Bremerhaven etablieren

Mitteilung des Senats vom 8. August 2017
(Drucksache [19/1174](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 19/866

Gesetz zum Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, dem Land Niedersachsen, dem Land Sachsen-Anhalt und dem Land Schleswig-Holstein zur Begründung einer länderübergreifenden gebündelten Verfahrensbetreuung durch die Steuerverwaltungen

Mitteilung des Senats vom 17. Oktober 2017
(Drucksache [19/1267](#))

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 19/867

Rechtsanspruch auf Erläuterung von amtlichen Bescheiden in „Leichter Sprache“

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 9. November 2017
(Drucksache [19/1356](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, darauf hinzuwirken, dass die Behörden des Landes und der Stadtgemeinden die „Leichte Sprache“ stärker einsetzen, vermehrt Informationen in „Leichter Sprache“ bereitstellen und ihre Kompetenzen für das Verfassen von Texten in „Leichter Sprache“ auf- und ausbauen.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der nach dem Vorbild von § 11 des Behindertengleichstellungsgesetzes des Bundes in der ab dem 1. Januar 2018 geltenden Fassung die Träger öffentlicher Gewalt im Land Bremen und in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven verpflichtet, auf Verlangen Bescheide, behördliche Schreiben, Allgemeinverfügungen, öffentlich-rechtliche Verträge und Vordrucke in „Leichter Sprache“ zu erläutern. Es soll sich dabei um einen, auch mit einer Verbandsklage, durchsetzbaren Rechtsanspruch handeln, der für Menschen mit geistigen oder kognitiven Beeinträchtigungen, für Menschen mit seelischen Beeinträchtigungen sowie für Menschen gilt, die aufgrund eines funktionalen Analphabetismus oder aufgrund noch zu geringer Kenntnisse der deutschen Sprache entsprechende Bedarfe haben. Der Rechtsanspruch soll spätestens zum 1. Januar 2019 in Kraft treten.

Nr. 19/868

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 24

vom 4. Dezember 2017

(Drucksache [19/1424](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 19/869

Informationsfreiheit von Patientinnen wahren – § 219a StGB streichen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, DIE LINKE und der FDP

vom 5. Dezember 2017

(Drucksache [19/1437](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich schnellstmöglich auf Bundesebene für die Streichung des § 219a StGB einzusetzen bzw. die Aufhebung des § 219a im Bundesrat selbst zu beantragen.

Nr. 19/870

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Fahrten unter Alkohol- oder Drogeneinfluss

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 14. Juni 2017

(Drucksache [19/1119](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 8. August 2017

(Drucksache [19/1177](#))

2. Gewerblicher Einsatz von Multikoptern im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 16. Juni 2017

(Drucksache [19/1129](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. August 2017

(Drucksache [19/1185](#))

3. Auszubildende gleichstellen – auch in der öffentlichen Mobilität!
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 23. Juni 2017
(Drucksache [19/1135](#))
4. Umgang mit von Abschiebung bedrohten suizidgefährdeten Geflüchteten durch Ausländerbehörden und Gesundheitsämter im Bundesland Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 29. Juni 2017
(Drucksache [19/1138](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 8. August 2017
(Drucksache [19/1178](#))
5. Kulturelle Filmförderung im Lande Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 6. Juli 2017
(Drucksache [19/1146](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 26. September 2017
(Drucksache [19/1252](#))
6. Vorkurse im Schuljahr 2017/2018 an den Schulen im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 1. August 2017
(Drucksache [19/1161](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 12. September 2017
(Drucksache [19/1227](#))
7. Landwirtschaftliche Betriebe öffnen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. August 2017
(Drucksache [19/1167](#))
8. Zulagen auch für Notfallsanitäter
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. August 2017
(Drucksache [19/1182](#))
9. Nebenbeschäftigung und öffentlicher Dienst
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 17. August 2017
(Drucksache [19/1187](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 10. Oktober 2017
(Drucksache [19/1260](#))
10. Finanzielle und personale Voraussetzungen für auskömmlichen Bauunterhalt und Sanierung sowie Errichtung von Neubauten im öffentlichen Eigentum Bremens
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 21. August 2017
(Drucksache [19/1193](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 26. September 2017
(Drucksache [19/1253](#))

11. Stand und Perspektiven der Provenienzforschung in Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1199](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 26. September 2017
(Drucksache [19/1254](#))

12. Psychotherapeutische Versorgung für alle Bevölkerungsgruppen sicherstellen!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1201](#))

13. Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit auch durch bessere Kinderbetreuung ermöglichen?

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1202](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 28. November 2017
(Drucksache [19/1414](#))

14. Kaffee genießen, Müll vermeiden – umweltfreundliches Mehrwegsystem für Getränkebecher einführen!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1203](#))

15. Pakt für die innere Sicherheit

Antrag der Fraktion der CDU
vom 22. Februar 2016
(Drucksache [19/296](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 5. Dezember 2017
(Drucksache [19/1433](#))

16. Pakt für die innere Sicherheit

Bericht der staatlichen Deputation für Inneres
vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1205](#))

17. Übersendung der Nutzerdaten von Social-Media-Accounts an die Strafverfolgungsbehörden

Antrag der Fraktion der CDU
vom 24. August 2016
(Drucksache [19/712](#))

18. Übersendung der Nutzerdaten von Social-Media-Accounts an die Strafverfolgungsbehörden

Bericht der staatlichen Deputation für Inneres
vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1206](#))

19. Integrationspolitik, Toleranz und Sicherheit in der Einwanderungsgesellschaft
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 21. September 2016
(Drucksache [19/749](#))
20. Integrationspolitik, Toleranz und Sicherheit in der Einwanderungsgesellschaft
Bericht der staatlichen Deputation für Inneres
vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1207](#))
21. Gewalt bei Fußballspielen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 25. August 2017
(Drucksache [19/1211](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 10. Oktober 2017
(Drucksache [19/1261](#))
22. Zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten der bremischen Häfen nicht behindern!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 5. September 2017
(Drucksache [19/1221](#))
23. Umsetzung der „Stiftung Anerkennung und Hilfe“ in Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 5. September 2017
(Drucksache [19/1222](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 24. Oktober 2017
(Drucksache [19/1276](#))
24. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Halten von Hunden
Antrag der Fraktion der FDP
vom 12. September 2017
(Drucksache [19/1235](#))
1. Lesung
25. Neubau eines Veranstaltungsgebäudes an der Universität
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 8. September 2015
(Drucksache [19/60](#))
26. Raumsituation an bremischen Hochschulen – Konzept schnellstmöglich vorlegen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. September 2015
(Drucksache [19/65](#))
27. Neubau eines Veranstaltungsgebäudes an der Universität und Raumsituation an den bremischen Hochschulen
Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit
vom 15. September 2017
(Drucksache [19/1237](#))

28. Familiennachzug ist Integration – Recht auf Familie für Geflüchtete wieder herstellen!
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 18. September 2017
(Drucksache [19/1239](#))
29. Ehrenamt, gemeinnützige Initiativen und bürgerschaftliches Engagement in Schulen des Landes Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 19. September 2017
(Drucksache [19/1241](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 14. November 2017
(Drucksache [19/1378](#))
30. In der politischen Auseinandersetzung: Gewalt gegen Sachen und Personen entschieden verurteilen in Bremen
Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 4. Oktober 2017
(Drucksache [19/1257](#))
31. Bauzeitüberschreitungen führen zu Mehrkosten und Verzögerungen – Wann kommt der Hafentunnel in Bremerhaven?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 11. Oktober 2017
(Drucksache [19/1265](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 28. November 2017
(Drucksache [19/1415](#))
32. Arbeit der Polizei effektiv gestalten und nicht lahmlegen!
Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU
vom 7. November 2017
(Drucksache [19/1286](#))
33. Volksentscheid zur Verlängerung der Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft
Mitteilung des Senats vom 7. November 2017
(Drucksache [19/1342](#))
34. Recht auf Familiennachzug abschaffen
Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 7. November 2017
(Drucksache [19/1352](#))
35. Wir kommen wieder – Bremer Uni fit für die Exzellenzstrategie 2026 machen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. November 2017
(Drucksache [19/1353](#))
36. Fahnden, Orten, sichtbar machen! – Mehr Tempo und Sicherheit durch effektive Nutzung mobiler Endgeräte in der Polizei
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. November 2017
(Drucksache [19/1369](#))

37. Wissenschaftsfreiheit ist Grundpfeiler offener Gesellschaften

Antrag (Entschließung) der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 5. Dezember 2017

(Drucksache [19/1429](#))